



Industrie- und Handelskammer
Osnabrück-Emsland

Sitzung der Vollversammlung am 7. Dezember 2010

TOP 4 Berichte aus DIHK-/IHK-Ausschüssen - Vorlage des IHK-Präsidiums

Entschließung: „Deutschland muss zukunftsfähig bleiben!“

Deutschland hat sich in den vergangenen Jahrzehnten eine hervorragende Ausgangssituation als leistungsstarke Wirtschaftsnation erarbeitet. Die weltweit anerkannten guten Zukunftsperspektiven beruhen auf Unternehmergeist, Innovationskraft und dem ausgeprägten Leistungswillen seiner Menschen. Voraussetzung für diese Erfolge war aber auch die Zurückstellung von Einzelinteressen zugunsten des Gemeinwohls.

Die Erfolge der Vergangenheit und Gegenwart können nur gesichert werden, wenn sich die Gesellschaft den Herausforderungen der Zukunft stellt. Allerdings wird der Vorsprung Deutschlands durch den grundsätzlichen Widerstand von Teilen der Gesellschaft gegen Zukunftsinvestitionen gefährdet. Dies gilt insbesondere für den Aus- und Neubau von Verkehrswegen, für die Weiterentwicklung der Energieversorgungsinfrastruktur und für die Ausweisung von Gewerbegebieten, zunehmend aber auch für private Ansiedlungs- und Investitionsvorhaben. Inzwischen werden auch im Wirtschaftsraum Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim zahlreiche dieser Zukunftsprojekte von Bürgerprotesten begleitet. Nicht selten werden diese Proteste von außen in die Region hineingetragen. Dabei äußert sich der Widerstand häufig erst in einer späten Phase des Vorhabens nach Abschluss der formellen Beteiligungsmöglichkeiten. Im Ergebnis werden wichtige Vorhaben verzögert oder gar verhindert.

Die IHK Osnabrück-Emsland ist ein kritischer, aber verlässlicher Partner der Politik. Für uns müssen Entscheidungen über große Investitionsvorhaben nach umfassender Abwägung aller relevanten Aspekte erfolgen. Demokratisch legitimierte und gerichtlich bestätigte Projekte müssen aber dann im Sinne von Rechtssicherheit und Verlässlichkeit zügig realisiert werden können. Die hierfür nötigen Finanzmittel sind realistisch zu kalkulieren und rechtzeitig bereitzustellen. Gleichzeitig müssen Politik, Verwaltung und Investoren die Öffentlichkeit frühzeitig umfassend und verständlich über die Chancen und Risiken der Vorhaben informieren.

Die Anstrengungen zur Straffung der Abläufe und zur Steigerung der Transparenz langjähriger Planungsverfahren sind zu verstärken, Kosten und Nutzen öffentlicher Investitionsprojekte regelmäßig zu überprüfen. Bei allen Vorhaben sind Meilensteine zu definieren, die im Falle nachträglich veränderter Wirtschaftlichkeitskennziffern eine Neuausrichtung des Projekts erlauben.

7. Dezember 2010